



Wirtschaftstag 2013: Thesenpapier des VCI zum Podium II „Energiewende“

Die Energiewende braucht einen Projektplan und keine Planwirtschaft

- Die Politik hat derzeit keine Lösung für die Probleme bei der Energiewende. Wenn das System nicht von Grund auf neu gedacht wird, kostet uns die Energiewende vermutlich rund viermal so viel wie der Aufbau Ost.
- Nötig ist ein Projektplan und ein Projektmanagement für die Realisierung der Energiewende. Statt planwirtschaftlicher Vorgaben müssen die Analysen durch die vorhandenen Monitoringsysteme konsequent genutzt werden.
- Die Energiewende stellt eine industriepolitischen Weichenstellung dar: Auf dem Spiel steht die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland.
- Nur beim Klimaschutz schneidet die Energiewende derzeit gut ab. Um Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit ist es schlecht bestellt. Dies schadet der Wettbewerbsfähigkeit der Chemie.

1. Energiepolitik beeinflusst die Wettbewerbsfähigkeit der Chemie

- Die Chemie steht im Zentrum des deutschen Industrienetzwerks. Sie liefert unentbehrliche Vorprodukte für die Energiewende.
- Trotz großer Effizienzfortschritte bleibt die Chemie Großverbraucher und braucht sichere, saubere und bezahlbare Energie.

2. Die Probleme beim EEG in den Griff bekommen

- Das EEG ist das Hauptproblem bei der Energiewende. Es ist zu einem unkontrollierten Bürokratiemonster geworden, das energiepolitisch immer weniger Sinn macht. Der Ausbau Erneuerbarer Energien kostet heute schon 20 Milliarden Euro jährlich.
- Alle bisherigen Versuche, den Ausbau zu steuern und so die Kosten zu begrenzen, wirkten nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Ausbau geht unbegrenzt weiter, die Kosten ufern weiter aus.
- Die Industrie beteiligt sich an den Kosten für die Energiewende: Die große Mehrheit der Chemie-Unternehmen ist nicht von der EEG-Umlage befreit.
- Für energieintensive Branchen entsteht ein immer höherer Kosten- und Rechtfertigungsdruck für die überlebensnotwendigen Entlastungsmaßnahmen.
- Der deutsche Mittelstand trägt mit seinen meist nicht von der EE-Abgabe befreiten

Betrieben wesentlich zur Stabilität des Wirtschaftsraumes und zur Erschaffung und Erhalt innovativer Arbeitsplätze bei. Deshalb ist die EE-Besteuerung dieser Betriebe anders zu gestalten als die Besteuerung privater Verbraucher. Denn auch die deutschen Chemieunternehmen aus dem Mittelstand stehen im internationalen Wettbewerb und müssen sich der Herausforderung stellen, mit ausländischen Betrieben ohne EEG-Abgaben konkurrieren zu können. Die mittelständischen Betriebe sind bereit, ihren Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten, im Interesse des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe sollten sie jedoch deutlich von den Kosten der Energiewende entlastet werden.

- Die zukünftige Energiepolitik muss vier Eckpfeiler aufweisen, von denen keiner vernachlässigt werden kann:
 - Versorgungssicherheit: Energie muss immer in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Ohne konventionelle Energieträger geht das noch nicht.
 - Preisstabilität: Zu hohe Strompreise hängen die energieintensiven Unternehmen vom internationalen Wettbewerb ab und erodieren dadurch industrielle Wertschöpfungsketten in Deutschland. Dies wiederum führt zu einem Umlenken von Investitionen ins Ausland. Neue Anlagen entstehen in Regionen wie den USA, wo niedrigere Preise und eine verlässliche Energiepolitik locken.
 - Umweltverträglichkeit: Den CO₂-Ausstoß zu reduzieren ist und bleibt zentrale Aufgabe. Dort müssen die tief hängenden Früchte geerntet werden, unter anderem durch Investitionen in die Gebäudedämmung.
 - Innovationsmotor: Verfahren und Produkte zum Energiesparen, zur nachhaltigen Energieerzeugung, -speicherung und -verteilung sind Zukunftsmärkte. Hier sollten Technologieoffenheit und Marktfähigkeit eine wichtige Rolle spielen.

3. Forderungen an die Politik, um den Industriestandort zu erhalten

- Der deutsche Staat darf nicht tatenlos dabei zusehen, dass Energie immer teurer wird und dadurch Investitionen in anderen Regionen getätigt werden. Eine EEG-Reform sollte in eine EU-Lösung eingebettet sein, um einen Binnenmarkt für die Stromversorgung zu schaffen. Die deutsche Energiepolitik kann und darf nicht unabhängig vom Rest Europas agieren. Einige hausgemachte Probleme können sinnvoller auf europäischer Ebene gelöst werden.
- Statt der derzeitigen Planlosigkeit brauchen wir eine parteienübergreifende Handlungsbereitschaft auf mehreren Feldern:
 - Ein neues System für die Energiewende muss Versorgungssicherheit und Preisstabilität wieder auf die Tagesordnung setzen. Die Ausbauziele und der Zeithorizont müssen nach einer nüchternen Analyse auf den Prüfstand.
 - Die Wertschöpfungsketten in Deutschland sind ein Innovationstreiber und stabilisieren die Volkswirtschaft. Sie müssen vollständig erhalten bleiben. Die

kommende Bundesregierung muss den Standort Deutschland langfristig energiepolitisch stärken, um Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsinvestitionen zu sichern. Es darf zu keinen kurzfristigen, neuen Belastungen kommen.

- Die Politik muss insgesamt zu den bewährten Grundsätzen der Ordnungspolitik zurückkehren. Die Energiepolitik der Zukunft muss sich durch mehr Marktprinzipien und weniger Staatsdirigismus auszeichnen.